



# BERICHT AUS BERLIN

## von Dr. Inge Gräßle



18.02.2022

Ausgabe 005

## Corona: Für die nächste Welle gewappnet Unionsfraktion beschließt Vorsorgekonzept gegen Covid-19

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie wächst die Hoffnung, dass mit dem Abebben der Omikron-Welle das Schlimmste bald überstanden ist. Doch keiner kann vorhersehen, was im Herbst droht. Für den Fall, dass sich eine neue gefährliche Mutante breit macht, will sich die Unionsfraktion mit einem **Impfvorsorgegesetz** wappnen. Denn nur eine hohe Impfquote schützt vor Covid-19.

### Impfquote in Deutschland zu niedrig

In Deutschland ist die Impfquote längst nicht hoch genug, damit wir gut durch eine nächste Corona-Welle im Winter kommen würden. So sind derzeit etwa 20 Millionen Menschen überhaupt noch nicht geimpft, darunter vier Millionen Kinder unter fünf Jahren, für die es noch keinen zugelassenen Impfstoff gibt. In der Gruppe der über 60-Jährigen, die ein besonderes Risiko tragen, im Fall einer Corona-Infektion schwer zu erkranken, sind 2,8 Millionen ungeimpft.

### Regierung zum Handeln aufgefordert

In unserem fast einstimmig beschlossenen Antrag „Impfvorsorgegesetz – ein guter Schutz für unser Land“ fordern wir als Unionsfraktion die Bundesregierung auf, sich darauf vorzubereiten, dass mit dem Auftreten einer neuen Virusvariante erneut eine Überlastung des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastruktur droht.

Aus Sicht der Fraktion sind dafür ein Impfreister, die Intensivierung der Impfkampagne und ein gestufter Impfmechanismus nötig.

### Gute Datenbasis benötigt

Für den Kampf gegen Corona braucht Deutschland eine ausreichende Datenbasis in Form eines Impfreisters. Es gibt Auskunft darüber, wer geimpft ist und wer nicht. Auf diese Weise können Menschen rechtzeitig über notwendige Impfungen oder Auffrischungen informiert und beraten werden. Das Register erlaubt Vorhersagen über eine drohende Überlastung des Gesundheitssystems und hilft bei der Ermittlung von Impfpassfälschungen. Nach den Vorstellungen der Union kann es auf bereits bestehenden Datensätzen aufbauen, etwa der Steuer-Identifikationsnummer.

### Infrastruktur für Impfkampagnen vorhalten

Die Unionsfraktion setzt sich für die Intensivierung der Impfkampagne ein. So verlangt sie neue Formate für die gezielte Ansprache ungeimpfter Bürger, eine verbesserte Aufklärung über den Nutzen von Impfungen und den Kampf gegen Desinformation. Damit im Falle des Falles in großem Maßstab geimpft werden kann, soll der Fraktion zufolge eine ausreichende Infrastruktur vorgehalten werden. Dazu zählen neben den Impfzentren mobile Impfzentren, Arztpraxen und Apotheken.

## **Impfungen nach dem Stufenmodell**

In ihrem Konzept definiert die Unionsfraktion, unter welchen Voraussetzungen ein Impfmechanismus in Kraft gesetzt werden könnte. Das hängt davon ab, wie gefährlich eine neue Virusvariante ist: wie schnell sie sich überträgt, wie schwer die Erkrankung ist, die sie auslöst, ob ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung steht und wie hoch die Impfquote dann ist. Geimpft werden könnte nach einem Stufenmodell: zunächst die besonders gefährdete Gruppe der über 60-Jährigen, dann die über 50-Jährigen, die Beschäftigten in Schulen, Kitas, den Einrichtungen der kritischen Infrastruktur sowie der Polizei.

## **Mechanismus wird vom Bundestag scharf geschaltet**

Mit diesem differenzierten Konzept sieht sich die Unionsfraktion für die Beratungen im Bundestag über eine eventuelle allgemeine Impfpflicht gut aufgestellt.

Wir stecken den gesetzlichen Rahmen ab; mit einem einfachen Bundestagsbeschluss kann der Mechanismus dann schnell scharf geschaltet werden, sollte die Corona-Lage es erfordern.

Wichtig ist mir persönlich: Eine Impfpflicht sollte immer das letzte Mittel sein! Wir dürfen die Menschen nicht leichtfertig in ihren Grundrechten beeinträchtigen.

Unser Vorschlag richte sich an alle, die für eine Politik des Augenmaßes sind. Das mehrstufige Vorgehen sichert – anders als die aktuell vorliegenden Gruppenanträge – die Verhältnismäßigkeit des Gesetzes. Nur so finden wir auch eine breite Akzeptanz in unserer Gesellschaft dafür.

Hier finden Sie unseren Antrag:

[KLICK](#)

## **„Ampel stochert im Nebel“**

Bislang ist die Unionsfraktion die einzige Fraktion mit einem fertigen Konzept. Die Regierung hat nichts vorlegt, sie hat die Verantwortung auf die Abgeordneten abgeschoben. Insofern ist es nicht übertrieben, festzustellen: Die Ampel stochert weiterhin im Nebel.

Unser neuer Fraktionschef Friedrich Merz sagte, man müsse jetzt Vorsorge für den Fall treffen, dass eine wie auch immer geartete Impfpflicht im Herbst nötig werde. Er zeigte sich auch offen für das Gesprächsangebot der SPD-Fraktion, an einem gemeinsamen Gesetz zu arbeiten. Man sei zu Kompromissen bereit, aber nicht bereit eine „handwerklich miserable Arbeit“ der Regierung zu unterstützen – wie sie bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht vorgelegt worden sei. Diese soll zum 15. März greifen, wirft aber jede Menge Fragen hinsichtlich der Umsetzbarkeit auf.



## **Bundestag debattiert auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion über die Ukraine-Krise: Wir müssen Russland geschlossen gegenüberreten!**

Im Ukraine-Konflikt hat die Unionsfraktion eine geschlossene Haltung des Westens gegenüber Russland gefordert. Die freie Welt müsse sich dem russischen Präsidenten Wladimir Putin entgegenstellen, forderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johann David Wadehul in einer von der Union beantragten Bundestagsdebatte. Wadehul kritisierte, dass Bundeskanzler Scholz in dieser Debatte fehlte.

### **„Wo sind Sie, Herr Scholz?“**

Es drohe nicht weniger als ein Krieg in Europa, sagte Wadephul angesichts des massiven Truppenaufmarschs Russlands an der Grenze zur Ukraine. In einer solchen Krise sei es die erste Pflicht des Bundeskanzlers, die Politik der Bundesregierung vor dem Parlament zu erläutern. „Wo sind Sie, Herr Scholz?“, fragte er. Auch der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt, schloss sich der Forderung nach einer Regierungserklärung zum Thema Russland an.

### **Keine Anzeichen für russischen Rückzug**

Gleichzeitig betonten beide, dass die Unionsfraktion verantwortungsvolles Verhalten der Bundesregierung in der Krise unterstütze. Hardt sagte, er habe den Eindruck, Scholz habe seine vierstündige Unterredung mit Putin in Moskau gut genutzt. Auch wenn es keine inhaltliche Annäherung gegeben habe, lasse sich daran diplomatisch anknüpfen. Hardt bedauerte, dass es bislang keine signifikanten Anzeichen für den von Putin angekündigten Abzug seiner Truppen von der ukrainischen Grenze gebe.

### **Souveränität der Ukraine unantastbar**

Im Bundestag betonte Wadephul erneut, dass die Souveränität der Ukraine unantastbar sei. Das Land habe die freie Wahl darüber, welchem Bündnis es sich anschließen wolle. „Wir dürfen uns von Russland nicht vorschreiben lassen, wer sich unseren defensiv-friedlichen Bündnissen anschließt“, erklärte er. Wadephul warb auch dafür, die Ukraine gegebenenfalls mit defensiven Rüstungsgütern zu unterstützen.

### **Putin hat Geschlossenheit des Westens unterschätzt**

Hardt gab den Eindruck wieder, dass Putin die Entschlossenheit und Geschlossenheit von EU, NATO und G7 unterschätzt habe. Der russische Präsident habe auch nicht einkalkuliert, dass sich die Ukraine unter russischen Druck dem Westen noch mehr annähere. An die Adresse Putins gewandt unterstrich Hardt die Bereitschaft des Westens zu harten Sanktionen, sollte Russland in die Ukraine einmarschieren.

### **Alle Sanktionsoptionen auf dem Tisch**

Im Ernstfall müssten alle Optionen eines Sanktionspakets gezogen werden, heißt es auch in einem [Bundestagsantrag der Unionsfraktion](#) mit dem Titel: „Russlands Politik mit der Geschlossenheit des Westens entgegentreten“.

Darin schreiben wir: „Für den Deutschen Bundestag hat der transatlantische Schulterschluss allerhöchste Priorität!“ Daher fordern wir auch die Bundesregierung auf, „ihren Schlingerkurs in der Russland-Politik zu beenden, der zu Irritationen bei den NATO- und EU-Partnern sowie bei Nachbarn und befreundeten Partnern führt“.

### **Friedrich Merz ist neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Am Dienstagnachmittag haben wir Friedrich Merz mit 89,5 Prozent der Stimmen zu unserem neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Das ist ein wirklich beeindruckendes Ergebnis.

Merz bedankte sich für das eindrucksvolle Vertrauensvotum und kündigte eine entschlossene Oppositionsarbeit an. Die Bundestagsfraktion sei ohne Zweifel das „Kraftzentrum“ von CDU und CSU.

## **Eigene Themenschwerpunkte setzen**

Merz kündigte an, dass die Unionsfraktion in der Opposition nicht nur die Regierung kontrollieren, sondern eigene Themen setzen und Alternativen entwickeln werde. Als wichtige Themen nannte er die soziale Marktwirtschaft und den Klimawandel sowie die innere und äußere Sicherheit als zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Zudem brauche es auch einen neuen Generationenvertrag zugunsten der jungen Menschen. Packen wir es an!

## **Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen**

Die Energiepreise sind in diesem Winter um bis zu 40 Prozent gestiegen – im Vergleich zu anderen Güterkategorien war hier der Preisanstieg am stärksten. Diese hohen Kosten treffen besonders Haushalte mit geringen Einkommen, aber auch die breite Mittelschicht sowie die Unternehmen und Kommunen in Deutschland sehr stark. Insbesondere energieintensive Wirtschaftszweige sind massiv von den hohen Energiepreisen betroffen, die sich auf Produktion, Beschäftigung und das Preisniveau auswirken. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrien gerät zunehmend stärker unter Druck.

Aufgrund der gestiegenen Preise an den Energiemärkten mussten zum Jahreswechsel 2022 die Kundinnen und Kunden zahlreicher Anbieter deutliche Preiserhöhungen hinnehmen. Zahlreiche Anbieter haben aufgrund ihres kurzfristigen Geschäftsmodells Insolvenz angemeldet oder abrupt die Versorgung von hunderttausenden Haushalten gekündigt. So wurde deutlich, dass es zum einen an der Solidität und Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle einiger Anbieter sowie einer effektiven Kontrolle durch die Bundesnetzagentur mangelt.

Den Schaden tragen nun die Endkunden, die in erheblich teurere Grundversorgungstarife fallen und die Grundversorger, die kurzfristig die zahlreichen Kundinnen und Kunden aufnehmen und zu erhöhten Einkaufspreisen versorgen müssen. Gerade die langfristigen Entwicklungen im Energiesektor erfordern, dass die Politik die Kosten im Blick behält und in extremen Situationen eingreift. Energie, Mobilität und Wohnen müssen für alle bezahlbar sein. Die Bundesregierung muss sowohl dauerhafte als auch vorübergehende Maßnahmen ergreifen, um die Kostenexplosion bei den Energiepreisen abzufedern.

Mit einem Antrag im Bundestag haben wir deshalb Maßnahmen sowohl für Privatleute als auch für Unternehmen gefordert:

- Die Abschaffung der EEG-Umlage bereits spätestens zur Mitte dieses Jahres.
- Eine massive Absenkung der Stromsteuer.

Privatleute wollen wir unterstützen durch:

- Eine Absenkung der Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent.
- Energiesteuerentlastungen für den bei Benzin/Diesel beigemischten Biokraftstoff.
- Die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent.
- Die Anpassung des Einkommensteuer-Tarifs an die unerwartet hohe Inflation.
- Die Gewährung des Heizkostenzuschusses auch für Kinderzuschlagsempfänger, die kein Wohngeld erhalten.

Die deutsche Wirtschaft wollen wir folgendermaßen stützen:

- Verlängerung von Stromsteuererstattungen für energieintensive Industrien.
- Schnellere und bessere Absetzbarkeit von Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz.
- Neue Instrumente für energieintensive Branchen, beispielsweise einen Industriestrompreis, eine Strompreiskompensation und die Teilnahme an Carbon Contracts for Difference (CCfD)-Programmen.
- Umsetzung von Zuschüssen zu den Übertragungsnetzentgelten ab 2023 und Schaffung des Förderrahmens für die Gewährung von Zuschüssen für die stromkostenintensive Industrie laut Kohleausstiegsgesetz.
- Niedrigere Zugangsschwellen und höhere Kompensationsgrade beim Carbon-Leakage-Schutz.
- Beschleunigter Ausbau und weitere Förderung klimafreundlicher Technologien auf einem hohen Niveau, um Stück für Stück Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu erreichen.

## Neues aus dem Büro

Endlich wissen wir, wohin die Reise geht: In den Neubau des Deutschen Bundestags, der angesichts der wachsenden Zahl von Abgeordneten nötig wurde. Offiziell heißt er „Modulbau“, doch aus naheliegenden



Gründen habe ich ihn „Villa Kunterbunt“ getauft...

Drei Räume, jeder ca. 18m<sup>2</sup> groß, Erstbezug – es geht schlimmer!

Natürlich wäre ich auch gern wieder ins Paul-Löbe-Haus zurückgekehrt, vor allem wegen der Nähe zu den Ausschüssen – aber das Losglück war nur den Männern hold...



Was mich wirklich fasziniert: Wir blicken auf den Fernsehturm und die „Stadtbahn“ (das ist die Ost-West-Verbindung der Berliner S-Bahn)!



Vor dem Mauerfall fuhr man mit dieser Bahn zum Bahnhof Friedrichstraße, dort war ein wichtiger Grenzübergang nach Ost-Berlin; dort steht heute noch der „Tränenpalast“.

Hier geht es zum Video: [KLICK](#)